

AGF Geschäftsstelle · Ebhardtstraße 3 A · 30159 Hannover

Frau Ministerin
Cornelia Rundt
Ministerium für Soziales, Frauen,
Familie, Gesundheit und Integration
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2
30159 Hannover



Deutscher Familienverband e.V.
Friedrichswall 17
30159 Hannover
Tel: 0511 - 55 15 00



Ev. Aktionsgemeinschaft für Familienfragen
Ebhardtstraße 3A
30159 Hannover
Tel: 0511 - 3604 265



Familienbund der Katholiken
Kolpingstraße 14
49377 Vechta
Tel: 04441 - 872 203



Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.
Arndtstraße 29
49080 Osnabrück
Tel: 0541 - 25584

Hannover, den 30.01.2014

Offener Brief: Umbenennung des Ministeriums

Sehr geehrte Frau Ministerin Rundt,

wir haben die Diskussion um den neuen, kürzeren Namen Ihres Hauses verfolgt. Das Bestreben, diesen sehr langen, schwer merkbaren Namen zu verkürzen, stößt durchaus auf unser Verständnis.

Nach momentaner Lage soll auch der Begriff „Familie“ aus dem Namen des Ministeriums getilgt werden.

Wir befürchten, dass sich die Begrifflichkeiten mit einer inhaltlichen Neuausrichtung verbinden, der wir als Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände skeptisch gegenüberstehen. Es scheint uns, als gerate eine eigenständige Familienpolitik zunehmend aus dem Blick und verändere sich hin zu einer Sozialpolitik für Familien.

Die Indizien und Anhaltspunkte, die wir für diese Entwicklung sehen, sind folgende:

Das Auslaufen des Sonderfonds „dabeisein!“ in seiner bisherigen Form, obwohl sich ein Familienverband gefunden hatte, der die Bürokratie dafür in eigener Regie abwickeln würde. Die Mittel sollen in „strukturelle Maßnahmen“ gehen, die aus unserer Sicht höchst wahrscheinlich nur den Teil der benachteiligten Familien erreichen werden, der in sozialen Brennpunkten und in den Großstädten lebt. Familien hingegen, die mit einer geringen Summe oberhalb von Fördersätzen und/oder in ländlichen Bereichen leben, werden künftig nicht mehr berücksichtigt, sodass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Integration in das soziale Gefüge für die Betroffenen entfällt.

Ferner erleben wir die Bestrebungen Ihres Hauses, bei Familienfreizeiten für einen auskömmlichen Fördersatz eine Einkommensprüfung einzuführen, was unserer Meinung nach völlig inakzeptabel ist aus Gründen, die wir in einer Stellungnahme und in Gesprächen hinreichend dargelegt haben. Demnach sollen eine angemessene Förderung nur noch Familienfreizeiten bekommen, deren Teilnehmende individuell ihr geringes Einkommen nachgewiesen haben, obwohl Familienbildung nicht im engeren Sinn Sozialpolitik ist, sondern präventiv arbeitet.

Über diese Entwicklung sind wir beunruhigt und wären froh über ein deutliches Signal, dass unsere Befürchtungen unbegründet sind. In diesem Zusammenhang erwarten wir, dass der Begriff „Familie“ weiterhin in der Bezeichnung des Ministeriums vorkommt.

Familie darf, allen Zwängen und Erfordernissen der Politik aber auch der Wirtschaft zum Trotz, nicht zu einem Lippenbekenntnis verkommen. Familienpolitik, die alle erreicht, muss unser Anspruch sein.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Placke
Vorsitzende